

Fortschrittsbericht

Mitgliederinformation der FDP Bad Godesberg, Ausgabe 1/2020

Vorwort

Liebe Freie Demokraten Bad Godesbergs,

hinter uns liegt ein arbeitsreiches Jahr 2019 und vor uns die Kommunalwahl, was unser Pensum in diesem Jahr noch einmal deutlich erhöhen wird. Was wir heute schon kennen, ist unser Minimalziel, nämlich wieder eine Fraktion bilden zu wollen.

Mit dieser Ausgabe des Fortschrittberichts geben Ihnen Vorsitzender und Vorstand gleichzeitig auch einen Überblick über die 2019 erzielten Erfolge und erbrachten Leistungen. Lob und Kritik senden Sie uns bitte an vorstand@fdp-bad-godesberg.de . Viel Vergnügen bei der Lektüre wünscht Ihnen

Ihr Ortsvorsitzender Wolfgang Heedt

Termine

Eine Gesamtbonner Terminübersicht finden Sie unter <https://fdp-bonn.de/events/> . Diese Termine können Sie auch gleich in Ihren Kalender auf Ihrem PC oder Handy importieren.

- 12. Februar, Ortsvorstandssitzung
- 4. März Ortsparteitag, 19:30 Uhr, Stadthalle
- 25. März, Ortsvorstandssitzung
- 13. Mai, Ortsvorstandssitzung
- 24. Juni, Ortsvorstandssitzung
- 26. August, Ortsvorstandssitzung

Des Weiteren machen wir aufmerksam auf folgende Arbeitskreise, die sich zur Vorbereitung einzelner Positionen des Kreiswahlprogramms gebildet haben. Mitglieder sind herzlich eingeladen, Ihre Ideen und Vorschläge in den Entwicklungsprozess einzubringen. Es ist wichtig, dass viel Input von möglichst vielen Mitgliedern des Kreisverbands Bonn in das Kreiswahlprogramm einfließt.

- 06.02. um 18:30 Uhr AK Kultur von Bernd Fesel im CoWorking
- 07.02. um 16:00 Uhr AK Gesundheit und Soziales von Petra Nöhring im Von & Zu

- 11.02. um 18:00 Uhr AK Wissenschaft von Michael To Vinh (Ort bei M. To Vinh erfragen, michael.to.vinh@googlemail.com)
- 12.02. um 18:00 Uhr AK Sport von Florian Bräuer in der FDP Kreisgeschäftsstelle
- 13.02. um 18:00 Uhr AK Umwelt von Susanne Heinrichs im Rathaus Saal 5
- 13.02. um 18:00 Uhr AK Digitales von Jörg Gretenkort im Rathaus Beuel Raum 116
- 13.02. um 18:00 Uhr AK städtisches Gebäudemanagement von Bernd Bollmus
- 19.02. um 18:00 Uhr AK Verkehr von Frank Thomas (Ort bei F. Thomas erfragen, ftbn1973@aol.com)
- 27.02. um 18:00 Uhr AK Finanzen von Werner Hümmrich (Ort bei der Fraktionsgeschäftsstelle erfragen)
- Termin für den "AK Kinder + Jugend" ist vsl. Ende Februar, derzeit Ausarbeit digital via Google-Doc (Ansprechpersonen: Achim Schröder und Michael To Vinh)

Alle Terminangaben ohne Gewähr.

Eindringliche Bitte an alle Mitglieder

Machen Sie mit. Werden Sie aktiv.

Nutzen Sie das Instrument der Mund-zu-Mund-Propaganda und reden Sie mit Kollegen, Bekannten sowie Verwandten über die vielen Projekte, die die FDP Bad Godesberg zum Wohle des Stadtbezirks initiiert. Leider schwächeln die Auflagen der Lokalzeitungen immer mehr, so dass es immer schwieriger wird, Öffentlichkeit für unsere Leistungen herzustellen. Nutzen Sie die vielen Informationen, die diese Ausgabe des „Fortschrittsbericht“ beinhaltet.

Bitte unterstützen Sie in diesem Wahljahr den Ortsvorstand sowie unsere Arbeit in der Bezirksvertretung in besonderer Weise mit Anregungen und Tipps für Anfragen und Anträge. Betrachten Sie aufmerksam Ihre Ortsteile und Wohnquartiere: Wo könnte etwas verbessert oder verschönert werden, wo liegt etwas im Argen? Die Bezirksvertretung wird bis zur Kommunalwahl noch vier Mal tagen: Im März, im Mai, im Juni und im August. Je eher wir die Tagesordnungen der Sitzungen mit unseren Themen füllen, desto unausweichlicher wird über unsere Arbeit berichtet werden müssen.

In welchen für Bad Godesberg relevanten Vereinen sind Sie aktiv?

Als Freie Demokraten stellen wir diese Frage natürlich nicht aus investigativen Gründen, sondern weil wir nach Transmissionsmechanismen in die Bad Godesberger Stadtgesellschaft suchen. Bei den aktuellen Karnevalsveranstaltungen ist immer wieder zu beobachten, wie stark die Karnevalsgesellschaften von der CDU durchdrungen sind. Das gibt unseren Mitbewerbern natürlich breite Möglichkeiten zur oben erwähnten Mund-zu-Mund-Propaganda. Wir würden gerne Ihre Aktivität kennenlernen und mit Ihnen zusammen

überlegen, wie wir in der Vereinslandschaft unsere Außenkommunikation verbessern können. Kontaktaufnahme bitte über vorstand@fdp-bad-godesberg.de

Leistungsbilanz 2019

Manifestation unseres Gestaltungswillens

2019 hat die FDP Bad Godesberg in der Bezirksvertretung mehr als **50** Anfragen und Anträge gestellt. In der Summe wurden damit CDU, SPD und Grüne zusammen übertroffen. Das zeigt einmal mehr unseren Gestaltungswillen, unsere Aufmerksamkeit für Verbesserungspotenzial sowie unsere Kreativität. Dabei wurde so gut wie das gesamte Stadtgebiet abgedeckt.

Große Vielfalt von Themen in der Bezirksvertretung besetzt

Folgende Themenbereiche haben wir bearbeitet:

- **Leitbild:** Dieses geht zu 100% auf eine Initiative der FDP Bad Godesberg zurück. Das Leitbild wurde fertiggestellt. Mehr dazu in einem eigenen Bericht.
- **Burg und Burgberg:** Wir stellten den Antrag für einen Masterplan/Runden Tisch. Er wird 2020 kommen. Siehe eigener Bericht. Des Weiteren klärten wir, was aus den Ankündigungen der Verwaltung zu Kirschbaumpflanzungen geworden ist.
- **Stadthalle:** Auf unseren Antrag hin wurden die Planungsmittel freigegeben.
- **Karajanbau an der Stadthalle für Bürgeramt:** Mit unserem Antrag wollten wir im Rathausgebäude Platz schaffen für die Dependance der Hochschule Bonn/Rhein-Sieg.
- **Stadtsparkassengebäude an der Rheinallee.** Wir behalten die Absichten der Stadtsparkasse weiter aufmerksam im Auge und wollen bei einer Neubaulösung ein würdiges Entrée zum Villenviertel durchsetzen.
- **Starkregenprävention:** Durch immer wiederkehrende Sachstandsabfragen halten wir das Thema auf der Tagesordnung. Wir sind nach der Überschwemmung im Jahre 2016 die einzige Partei, die sich hierum kümmert.
- **Radschnellroute.** Wir kritisierten mit dezidierten Anfragen den geplanten Bau einer sog. Radschnellroute durch die Rheinaue.
- **Radwege:** Auf unseren Antrag gibt es Prüfaufträge zu einer Radwegearbindung von Schweinheim in den Bad Godesberg Norden sowie zu einem lückenlosen fahrradgerechten Ausbau des Promenadenwegs bis zur Ännchenstraße als Bypass zur vielbefahrenen Friesdorfer Straße.
- **Engstellen am Rheinufer:** Wir beantragten, leider niedergestimmt durch CDU und Grüne, eine bessere Trennung von Radfahrern und Fußgängern am Rheinufer, insbesondere an den Engstellen Godesberger Bach, Rheinhotel Dressen sowie in Mehlem.

- **Radstation:** Wir stimmten dem Bau einer Radstation am Bad Godesberger Bahnhof zu.
- **Baumersatzpflanzungen:** Nach unserer Großen Anfrage wurde Baumersatzpflanzungen auf der Konstantinstraße für 2020 zugesichert.
- **Rheinufer:** Mit einem Antrag haben wir wieder auf den erforderlichen Rückschnitt des Böschungsrüns am Rheinufer hingewiesen.
- **Baumpflanzungen auf Friedhöfen:** Mit einem Antrag wollten wir die Nutzung des Feuerwehrtopfes für Baumpflanzungen auf Friedhofsbrachflächen erreichen, was mit Mehrheit aus Grünen und CDU abgelehnt wurde. Weitere Baumpflanzungen wollten wir auf dem Moltkeplatz sowie auf der Koblenzer Straße auf Höhe der Aral-Tankstelle erreichen. Siehe hierzu eigener Bericht.
- **Heilquellen:** Mit der Suche nach besseren Vermarktungsmöglichkeiten wollen wir das Orchideendasein und damit den Zuschussbetrieb der Heilquellen beenden.
- **Jugendzeltplatz.** Wir haben uns für dessen Erhalt eingesetzt und mit einer Großen Anfrage auf mögliche Verbesserungen auf der Einnahmenseite aufmerksam gemacht.

Weitere Anträge und Anfragen behandelten die Jugendarbeit mit dem One World Mobil, die Durchwegung zwischen Hubertinumshof und Löbestraße (Milchgässchen) und die dortigen Eigentumsrechte sowie Unterhaltungspflichten, wobei wir der Firma Wand & Raum wieder die Zufahrt zu ihren Geschäftsräumen ermöglichen konnten. Wir kümmerten uns um die Verkehrssituation rund um die Bahnschranke am Kapellenweg und wir fragten nach einem Rollenden Rathaus zur Kompensation der Zentralisierung der Stadtverwaltung im Stadthaus.

Hochschulstadt Bad Godesberg

Es ist zäh, aber wir kommen voran. Unser Landesminister Dr. Joachim Stamp informierte uns erst kürzlich, dass wesentliche Schritte in Düsseldorf in Vorbereitung seien, der Hochschule Bonn/Rhein-Sieg einen Probebetrieb in Bad Godesberg zu ermöglichen. Wir wissen auch, dass die Hochschule bereits mit den Hufen scharrt und dass Oberbürgermeister und Verwaltung alles daransetzen, den Start der Hochschule in Bad Godesberg zu ermöglichen. Wir sind daher sehr zuversichtlich, dass noch in diesem Jahr der Durchbruch erzielt werden wird. Natürlich wird der Lehrbetrieb mit 80 Studierenden klein beginnen. Aber das hat auch die Universität Bonn einmal. Innerhalb von drei Jahren sollen die Studierendenzahlen auf 250 anwachsen. Das ist dann ein Erfolg, den es ohne die FDP nicht gäbe.

Klar ist, dass jetzt alle Parteien im Wahlkampf auf das Thema einsteigen werden. Gerne wird hierfür die Floskel benutzt, wonach Erfolge immer viele Väter und Mütter hätten. Wir halten hierzu fest: Das Zustandekommen der Entscheidung für den Hochschulstandort Bad Godesberg geht allein auf eine reibungslose Zusammenarbeit von Ortsvorstand, Kreisvorstand, Ratsfraktion sowie, durch glückliche Fügung bei der Landtagswahl 2017, mit den Landesministern Dr. Joachim Stamp sowie Professor Andreas Pinkwart zurück. Nur so

konnte die Idee aus dem Februar 2015 auf dem Kabinetttisch in Düsseldorf landen. Der Ortsvorstand hat eine 13-seitige Dokumentation dieser Entstehungsgeschichte für Sie vorbereitet, die Sie per Mail an vorstand@fdp-bad-godesberg.de anfordern können.

Leitbildprozess

Es ist vollbracht. Die FDP-Initiative zum Leitbildprozess Bad Godesberg ist ein voller Erfolg: Dutzende Maßnahmen sollen bis 2030 Bad Godesberg in seiner ganzen Vielfalt aufwerten. Dieses gelungene Projekt ist der Teamarbeit zwischen Ortsvorstand und Werner Hümmrich, dem Leiter der FDP-Stadtratsfraktion, zu verdanken. Hümmrich hat die Idee des Bad Godesberger Ortsvorstands zu einem Leitbildprozess mit den Koalitionspartnern im Rat verhandelt und so die hierfür benötigten Haushaltsmittel freigemacht. An dieser Stelle gilt unser Dank auch dem stellvertretenden Ortsvorsitzenden, Prof. Dr. Felix Hey, der mit dem Vorstandsarbeitskreis „Innenstadt“ unsere Antragstellung vorbereitet hat.

Die Idee zum Leitbildprozess entstand vor dem Hintergrund der langwährenden Diskussionen über den Medizintourismus sowie des schrecklichen Ereignisses an der Rheinallee vom Mai 2016. Es ging darum, dem danach einsetzenden Godesberg-Bashing mit Konstruktivität und Engagement entgegenzutreten. Krisen sind bekanntlich immer auch Chancen. Uns ging es darum, der Bad Godesberger Bürgerschaft einen Rahmen zu geben, in dem diese ihre Perspektive von der Zukunft des Stadtbezirks formulieren konnte. Das ist nun geschehen. Das Ergebnis kann sich sehen lassen. Wir Bad Godesberger haben jetzt ein Dokument, welches Orientierung gibt für Bürgerschaft, Politik und Verwaltung. Es ist auch ein Dokument, an dessen Umsetzung sich nun Politik und Verwaltung messen lassen müssen. Insofern hat es auch zu einer Objektivierung geführt. Wir freuen uns jetzt darauf, diesen solchermaßen dokumentierten Bürgerwillen in die Tat umzusetzen.

Alle Ergebnisse des Leitbildprozesses, der mehrere Leitbildkonferenzen für alle interessierten Bürger in der Stadthalle, viele Experten-Workshops und eine Online-Beteiligung umfasste, sind auf 170 Seiten öffentlich zugänglich dokumentiert und mit Handlungsempfehlungen versehen.

Masterplan Godesburg

Und noch ein Erfolg für die FDP Bad Godesberg. Kurz vor Redaktionsschluss entnehmen wir einer Stellungnahme der Verwaltung, dass diese auf unseren Antrag aus dem Oktober 2019 positiv reagiert und einen Runden Tisch einrichten wird. Wir hatten gefordert, dass die Verwaltung ein interdisziplinäres Team bzw. einen Runden Tisch aller beteiligten Ämter bilden möge, um Folgendes zu ermitteln:

- Zustand der Wege auf den Burgberg, von Burgfriedhof und jüdischem Friedhof unter Einbeziehung von Verkehrssicherheit, Vandalismus, Sauberkeit und Beleuchtung.

- Zustand der gesamten Burganlage inklusive von Burgfriedhof und jüdischem Friedhof in Bezug auf Schäden durch Erosion sowie Pflanzenbe- bzw. -einwuchs.
- Zustand der Böhm-Einbauten unter Einbeziehung von Brandschutz, Barrierefreiheit, Statik, Dichtigkeit gegen eindringendes Wasser für Starkregenereignisse, Belastbarkeit der Konstruktion für Starkwindereignisse, Aktualität bzw. Zukunftsfähigkeit von Elektrik, Versorgungs- und Grundleitungen sowie Küchentechnik des Restaurants, energetischem Zustand sowie Schäden durch Erosion sowie Pflanzenbe- bzw. einwuchs
- Zustand sämtlicher historischer Sichtachsen auf die und von der Burganlage inklusive derer vom Burgfriedhof.
- Entfernbarkeit des Artefakts der Telekommunikationsanlage
- Kosten für die aus den Ergebnissen von a. – e. erforderlichen Sanierungsmaßnahmen
- Prioritätenliste der erforderlichen Sanierungsmaßnahmen

Dieser Antrag zielt rein auf den Substanzerhalt des Burgbergs, der Bauten, seiner Wege und Einrichtungen ab. Da erwartungsgemäß die oben beantragten Erkundungsmaßnahmen zeitaufwändig sind und ohnehin vor der Umsetzung jedweden Nutzungskonzepts durchgeführt werden müssen, sollen diese sofort beginnen.

Für eine Optimierung der Bürgerdienste in Bad Godesberg

Die Dokumentenausgabe für neu beantragte Personalausweise oder Reisepässe soll am Ort der Antragstellung ermöglicht werden. Mit eigenen Zeitmessungen sind wir dem Zeitaufwand nachgegangen, den Bürger für die Zentralisierung der Bürgerdienste leisten müssen und haben einen entsprechenden Änderungsvorschlag formuliert. Demnach verursachte für einen Bürger Plittersdorfs zur Mitte des Vormittags die Beantragung eines neuen Personalausweises sowie eines neuen Reisepasses auf dem Bürgeramt in Bad Godesberg zweiundzwanzig Minuten, die Abholung der Dokumente im Stadthaus eine Stunde und sechs Minuten. Ein im Kern gleich langer Verwaltungsakt von 4 Minuten führte also zu einem um 44 Minuten größeren Zeitaufwand. Dieser dürfte sich deutlich erhöhen bei ungünstiger Verkehrslage, Nutzung des ÖPNV, des Fahrrads oder weiterer Anreise, wie beispielsweise aus Mehlem oder vom Heiderhof. Sofern die Fahrt mit dem PKW oder Rad erfolgt, wird von der Landesgrenze in Mehlem eine Fahrleistung von bis zu 27 Kilometern für Hin- und Rückfahrt zum Stadthaus abverlangt im Vergleich zu rund 11 Kilometern für den Besuch des Bürgeramtes in Bad Godesberg.

Der Zeitaufwand der bisherigen Praxis ist bürgerunfreundlich, die erforderlichen Wege in Zeiten voller Straßen und Diskussionen um Autoabgase kontraproduktiv. Wir sind daher der Auffassung, dass dem Bürger Wahlfreiheit gegeben werden sollte, wo er seinen Verwaltungsakt durchführen möchte: Stellt ein Bürger Bad Godesbergs den Antrag auf dem Bürgeramt in Bad Godesberg, dann sollte die Dokumentenausgabe auch hier erfolgen. Stellt

der Bürger den Antrag, weil vielleicht sein Arbeitsplatz in der Nähe ist, im Stadthaus, dann sollte die Dokumentenausgabe im Stadthaus erfolgen. Der seitens der Stadt zur Dokumentenausgabe angebotene Kurierdienst ist für die meisten Berufstätigen keine Option.

Klima

Die umweltpolitischen Wurzeln der FDP

Erneut steht das Thema bei uns ganz oben und nicht erst, seit die Jugend auf die Straßen geht. Wer ein wenig in der Geschichte der FDP nachforscht, wird schnell auf Peter Menke-Glückert stoßen. Das 2016 verstorbene Mitglied dieses FDP-Ortsverbands war von 1970 bis 1975 als Ministerialdirektor Leiter der Abteilung Umweltangelegenheiten im Bundesinnenministerium des Inneren unter den Ministern Hans-Dietrich Genscher und Werner Maihofer und hatte so großen Anteil an der Etablierung der Umweltpolitik in der Bundesrepublik. 1975/76 wurde er Leiter der Abteilung Sport und Medienpolitik, seit 1977 leitete er die Abteilung Zivile Verteidigung, bevor er 1978 unter Gerhart Baum erneut die Abteilung Umweltangelegenheiten übernahm und bis 1982 innehatte. Wer mehr über Peter Menke-Glückert erfahren will, sollte auf der Online-Seite der „Welt“ hier nachlesen:

https://amp.welt.de/debatte/kommentare/article197788835/Peter-Menke-Glueckert-Ein-Liberaler-erfand-den-Umweltschutz.html?_twitter_impression=true#Comments, 16.01.2020

Wenn wir also mit dem Klimaschutz politisch wachsen wollen, dann sollten wir uns einfach zurück zu unseren Wurzeln begeben. Die langjährigen Mitglieder werden sich noch erinnern: In Ihren Freiburger Thesen formulierte die FDP 1971 als erste Partei umweltpolitische Ziele. In den Thesen, die sich in vier Kapitel aufteilten, war Umweltpolitik eines dieser Kapitel, was noch einmal die Bedeutung hervorhebt. Dort heißt es in der Vorbemerkung und in der Rückschau geradezu visionär:

„Umweltpolitik antwortet auf eine Herausforderung der Industriegesellschaft. Bevölkerungszunahme, Verstädterung und Zersiedlung, hemmungsloser technischer Fortschritt und wachsender Wohlstand führen zu einer Übernutzung und Zerstörung der Naturgrundlagen: von Boden und Rohstoffen, Luft und Wasser. Der Lärm wird besonders in Verdichtungsräumen unerträglich; Umweltchemikalien drohen unsere Nahrungsmittel zu vergiften. Die Umweltkrise ist weltweit. Sie bedroht auch uns und unser Land. Der über Jahrhunderte dauernde Raubbau an der Natur muss aufhören. Auch für künftige Generationen müssen noch Rohstoffe, frische Luft und reines Wasser vorhanden sein. Die Aufnahmefähigkeit der Natur für Abfälle und andere Umweltbelastungen ist begrenzt.

Die soziale Marktwirtschaft hat wirksame Mittel und Möglichkeiten, die Umweltkrise zu bekämpfen. Leitgedanke ist dabei der Schutz der Würde des Menschen. Das heißt: Zu den unabdingbaren Menschenrechten gehört das Recht auf eine Umwelt in bestem Zustand.

Umweltpolitik ist Gesellschaftspolitik und geht jeden Bürger an. Der Staat allein kann die Umweltprobleme nicht lösen. Umweltpolitik wird nur auf der Grundlage eines neuen

Umweltbewusstseins Erfolg haben können. Umweltschutz kann sich auch nicht nur auf die Abwehr bereits eingetretener Umweltschäden beschränken. Umweltschutz erfordert eine auf lange Sicht angelegte Umweltplanung. Notwendig ist eine ständige Berücksichtigung von Umweltfaktoren in allen Entscheidungen der Wirtschaft und öffentlichen Hand. Auf technischen Fortschritt und Wirtschaftswachstum braucht dabei nicht verzichtet zu werden. Die Leistungskraft unserer Volkswirtschaft wird aber in Zukunft danach beurteilt werden, ob es gelingt, mit marktgerechten Mitteln umweltfreundliche Verfahren und Produkte durchzusetzen.

Umweltpolitik verlangt Umdenken und Nachdenken. Liberales Ziel ist es, jedem Bürger die für seine Gesundheit und sein Wohlbefinden notwendige Qualität seiner Umgebung zu sichern. Deshalb muss Umweltpolitik den gleichen Rang erhalten wie soziale Sicherung, Bildungspolitik oder Landesverteidigung.“

Bereits Anfang der 1970er Jahre forderte der FDP-Politiker und damalige Innenminister Hans-Dietrich Genscher die Schaffung einer Umweltbehörde, analog zu bereits bestehenden Behörden in den USA und Schweden. Gegen den Widerstand vor allem von Gesundheits- und Wissenschaftsministerium, die einen Kompetenzverlust auf dem Bereich des Umweltschutzes befürchteten, wurde 1973 die Bundesstelle für Umweltangelegenheiten geschaffen und am 22. Juli 1974 in das Umweltbundesamt per „Gesetz über die Errichtung eines Umweltbundesamtes“ im Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern umgewandelt, als selbständige Bundesoberbehörde mit Sitz in Berlin.

Wir müssen dem oberlehrerhaften Klimapopulismus der Grünen entgegentreten, der nur aus Entmündigen, Wegnehmen, Verbieten, mithin der Einschränkung der Dispositionsfreiheit jedes Einzelnen besteht. Urlaub auf dem Balkon predigen und selbst Fernreisen machen, das ist die Realität grüner Politik, zu erleben selbst in der Bezirksvertretung. Die Grünen haben sich bislang eine ideologiebasierte Komfortzone als angebliche Umwelt- und Klimasaubermänner geschaffen. Aus diesem „Paradies“ sollten wir sie mit praxis-, lösungs- und freiheitsorientierter Klima- und Umweltpolitik vertreiben.

Innerstädtische Energieerzeugung: Potenziale für großflächige Photovoltaik im Stadtgebiet prüfen

Der Rat der Stadt Bonn hat das Ziel einer 40-prozentigen Absenkung der Treibhausgase bis 2030, d.h. in zehn Jahren, formuliert. Dies setzt die Verfügbarkeit von genügend alternativ erzeugter Energie in einem komplexen Spannungsfeld von sich widersprechenden Interessenlagen voraus. Einerseits wird durch den Kohleausstieg die Kohleverstromung auslaufen, andererseits der Bedarf an elektrischer Energie durch die E-Mobilität dramatisch ansteigen. Gleichzeitig stößt die Nutzung der Windenergie an Grenzen und der Ausbau von Stromtrassen wird durch Einspruchsverfahren behindert. Wir haben daher die Verwaltung gebeten, potenzielle Standorte für großflächige Photovoltaikanlagen in Bad Godesberg zu prüfen. Dies sind die Kläranlage in der Rheinaue, weil Kläranlagen nach einer Studie des Umweltbundesamtes mit bis zu 20% am kommunalen Stromverbrauch beteiligt sind, sowie

des Weiteren das Busdepot an der Godesberger Allee, beide mit Grundstücksflächen, die deutlich über 30.000 Quadratmetern liegen.

Aufgrund des steigenden Energiebedarfs aber der immer größer werdenden Schwierigkeiten etwa beim Trassenausbau ist es geboten, dass wir die Potenziale der alternativen Energieerzeugung ausloten. Dabei gilt es, erst einmal die Möglichkeiten der Produktion vor Ort auszuschöpfen, weil das keine Überlandtrassen erfordert.

Weiteres innerstädtisches Potenzial sehen wir auf kommunalen Gebäuden, darunter Schulen mit großen Dächern, sowie kommunalen Betriebsstätten. Darüber hinaus regen wir an, die großen Dachflächen der Bauten von Bundesministerien und Bundesbehörden, der KfW, sonstiger Bürobauten sowie großer Wohnungsanbieter mit in die Potenzialerhebung einzubeziehen. Statt die Mitbürger mit immer wilderen Verkehrskonzepten im wahrsten Sinne des Wortes in die Irre zu führen, sollte die planerische Energie besser in die alternative Energieerzeugung und die Entwicklung hierfür geeigneter Finanzierungsmodelle investiert werden, denn die zehn Jahre zur Erreichung der vom Rat gesteckten Klimaziele sind schnell herum.

Kommentar von Wolfgang Heedt zum Unwesen der „Konzepte“

Warum geht so Vieles in dieser Stadt nicht zügig voran: Weil wir ewig auf irgendwelche Konzepte seitens der Verwaltung warten, die, das muss man der Fairness halber sagen, in der Politik auch immer wieder durchgenudelt werden. Schwimmbadkonzept, Veranstaltungsstättenkonzept, Friedhofskonzept, Nutzungskonzept für die Weiternutzung der Stadthalle, um nur einige zu nennen, sie alle scheinen nur der Verschleppung zu dienen. Denn indem sie nicht in Angriff genommen oder ewig brauchen, bis sie fertiggestellt werden, leisten Sie der Prokrastination und, sofern städtische Gebäude betroffen sind, dem Verfall Vorschub. So auch aktuell wieder bei der Stadthalle. Bereits 2014 hatte die Stadtverwaltung in einer Stellungnahme erklärt, für den damals noch für 2020 terminierten Beginn der Sanierung der Halle im Jahre 2018 ein Nutzungskonzept vorlegen zu wollen. Was es damit auf sich hat, erfahren Sie in diesem „Fortschrittsbericht“ im Abschnitt „Stadthalle“. Wie jetzt im Februar 2020 zu erfahren war, hat die mit der Erstellung beauftragte Wirtschaftsförderung, die wiederum die Aufgabe an die Tourismus & Congress GmbH ausgelagert hat, gerade erst begonnen. Wegen ein paar Seiten Papiers, die seit 2018 eigentlich schon in der Schublade hätten liegen müssen, droht jetzt für 2022 ein verspäteter Sanierungsbeginn.

Grüne und CDU lehnen neue Bäume ab

Unser Antrag, den Feuerwehrtopf 2019 der Bezirksvertretung (BV) Bad Godesberg für den drängenden Bedarf an klimaregulierenden Maßnahmen einzusetzen, wurde von einer Mehrheit aus Grünen und CDU abgelehnt. Nach unserem Vorschlag sollten mit dem Geld

die durch einen Wandel in der Bestattungskultur entstandenen und entstehenden Brachflächen auf Bad Godesberger Friedhöfen mit Bäumen bepflanzt werden, und das noch in der aktuellen Pflanzperiode 2019/2020. Der Vorteil der Bepflanzung von Friedhöfen ist, dass hierzu keine aufwändigen Prüfungen auf verlegte Leitungen erforderlich sind. Mit dem schwachen Verweis auf das, siehe Kommentarbox oben, noch in der Diskussion befindliche Friedhofskonzept wurde also unser Antrag abgelehnt. Die Zeichen der Zeit zu erkennen sieht anders aus.

Moltkeplatz wohl nicht durch Bäume zu verschatten

Der Moltkeplatz mit seinem großflächigen Asphaltbelag und seinem Natursteinpodest ist im Sommer im wahrsten Sinne des Wortes ein Hotspot. Immer wieder sind in der Vergangenheit seitens der Politik Anläufe gemacht worden, auf dem Moltkeplatz für mehr Grün zu sorgen. Weil die Verwaltung bislang, trotz anderslautender Beschlüsse von BV und Hauptausschuss, nicht geliefert hatte, forderten wir erneut eine mit den Marktbeschickern abgestimmte intensivere Begrünung des Platzes und eine dichtere Bepflanzung mit Bäumen. Dies ist nun wohl nach Prüfung wegen einer Vielzahl unter dem Moltkeplatz verlegter Leitungen nicht möglich.

Gleiches gilt für die Koblenzer Straße zwischen südlichem Tunnelportal sowie der Brücke über die Bahngleise. Der Mittelstreifen wurde dort nämlich nicht konsequent begrünt und mit Alleebäumen bepflanzt. Das sollte sich mit unserem diesbezüglichen Prüfauftrag ändern. Leider ergab die Prüfung, dass der Mittelstreifen auf Höhe der Aral-Tankstelle keine ausreichende Mindestbreite aufweist.

Was uns in der Bezirksvertretung (BV) auch immer wieder beschäftigt sind Ersatzpflanzungen für städtische Straßenbäume, die aus Gründen der Verkehrssicherung gefällt wurden. Augenfällig sind die Lücken in ganz Bad Godesberg. Nach jahrelangem Tauziehen und personellen Aufstockungen im Grünflächenamt werden in der aktuellen Pflanzperiode 170 Straßenbäume nachgepflanzt.

Auf unsere Große Anfrage hin wurde uns zugesichert, dass für die Konstantinstraße noch vor der Sommerpause die notwendigen Beschlussvorlagen vorgelegt werden, damit in der Pflanzperiode 2020/2021 auch hier die Reihen wieder geschlossen werden können.

Städtische Liegenschaften

Sanierung der Stadthalle: FDP fordert schlüssiges Konzept zur künftigen Nutzung

Der Beginn der Stadthallensanierung im Juli 2022 ist möglicherweise in Gefahr. Die Sondersitzung der Bezirksvertretung Bad Godesberg am 22. Januar hat gezeigt, dass aktuell, trotz wiederkehrenden Anmahnsens durch die Politik, kein beschlussfähiges Konzept zur künftigen Nutzung der Stadthalle vorliegt. Solch ein Konzept erfordert die Identifikation

von Zielgruppen und daraus abgeleitet eine Überarbeitung der Raumaufteilung, des Küchenkonzepts etc. in der Stadthalle. Es ist auch Voraussetzung für das Städtische Gebäudemanagement SGB zur Erstellung von Bauplänen und zur Ausschreibung der Gewerke. Ziel ist bekanntlich bei der Stadthalle, mit Auszug des Pächterehepaars Weiermann Ende Juni 2022 mit der Baustelleneinrichtung beginnen zu können. Hierdurch soll Leerstand vermieden und Vandalismus vorgebeugt werden.

Bereits 2014 hatte eine Stellungnahme der Verwaltung für den Schließungstermin 2020 die Notwendigkeit einer Entscheidung über ein Konzept in 2018 für erforderlich erklärt. Warum dieses trotzdem nicht erstellt wurde, war auf der Sitzung nicht zu ergründen. Was zum Nutzungskonzept seitens der Tourismus & Congress GmbH, die im Auftrag der Wirtschaftsförderung die Konzepterstellung vornimmt, an Grundzügen vorgetragen wurde, entsprach dem, was man sich als erfahrener Geschäftsreisender sowie Messe- und Kongressbesucher selbst hätte zusammenreimen können. Unklar blieb allerdings, wann die Tourismus & Congress GmbH beauftragt wurde und ob diese von daher überhaupt zeitlich die Chance hatte, fundierteres Material bereitzustellen.

Herr Leide, der neue Leiter des SGB, fasste die Situation aus seiner Sicht so zusammen, dass er es den Mitgliedern der Bezirksvertretung überlasse zu bewerten, ob die Situation bei 5 vor oder 5 nach Zwölf sei, was die Erreichung des Zeitziels für den Baubeginn 2022 angehe. Darum fordert die FDP die Verwaltung auf, ein beschlussfähiges Nutzungskonzept spätestens zur Sitzung der Bezirksvertretung im März vorzulegen.

Beethoven-Musikschule an der Kurfürstenallee: Sanierung auf den Weg bringen

Mit einer Großen Anfrage stellten wir unser großes Interesse am Erhalt der Musikschule in den Gebäuden Kurfürstenallee 8 und 9 unter Beweis und hinterfragten, wann seitens der Stadtverwaltung der von dieser selbst festgestellte „verbesserungswürdige bauliche Zustand“ behoben wird.

Daraufhin legte die Stadtverwaltung eine umfangreiche Stellungnahme vor. Wir sind der Stadtverwaltung für diese ausführliche Stellungnahme dankbar, lässt sie doch den ernsthaften Umgang mit den Objekten erkennen. So wurden für etwas mehr als 400.000 Euro Brandschutzmängel behoben. Auch die Begutachtung des sogenannten „verbesserungswürdigen baulichen Zustandes“ der Musikschulgebäude durch ein Ingenieurbüro ist bereits beauftragt.

Grundsätzlich sehen wir uns in unserer Einschätzung des Sanierungsstaus an den Gebäuden bestätigt, die wir im Rahmen einer Begehung unter fachkundiger Begleitung erkannt haben. Für uns ist die Musikschule ein unverzichtbarer Baustein im Kultur- und Bildungsangebot der Stadt. Darum werden wir auch die weitere Entwicklung um das Gebäude aufmerksam begleiten.

Mit der Stellungnahme erklärte die Verwaltung außerdem, dass sie für die Gebäude keine Verkaufsabsichten hat. In Bad Godesberg sind derzeit einige Verschwörungstheoretiker unterwegs, die der Bevölkerung weis machen wollen, die Gebäude stünden zur Disposition. Wir sind daher erfreut über diese Klarstellung, weil sich damit entsprechende Gerüchte als heiße Luft erweisen.

70 Jahre HiCoG-Siedlungen feiern

Im Jahr 2021 werden diese bedeutsamen städtebaulichen Zeugnisse der Bonner Republik 70 Jahre alt. Die Siedlungen genießen, zusammen mit der dritten Siedlung im Tannenbusch, in der deutschen Architekturgeschichte Einzigartigkeit. Sie sind darüber hinaus ebenso einzigartige Zeitzeugen der Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Wir sehen dieses Jubiläum als Chance für die Bundesstadt, in einer bundesweiten Kampagne auf ihre Rolle in der Bonner Republik aufmerksam zu machen und hierüber den Tourismus für an Architektur und Geschichte interessiertem Publikum anzukurbeln.

Anlässlich sehen des anstehenden Jubiläums sehen die Freien Demokraten auch den Gebäudeeigentümer des früheren Amerikanischen Clubs in Plittersdorf, die Vebowag, in der Verantwortung, das seit mehr als 20 Jahren dem schleichenden Verfall ausgesetzte Gebäude wieder in Stand zu setzen. Das Gebäude ist in der Geschichte der Bonner Republik ebenfalls von herausragender Bedeutung, fanden hier doch Begegnungen statt mit amerikanischen Präsidenten und deutschen Regierungsmitgliedern. Der Club war darüber hinaus Ort vieler diplomatischer und politischer Hintergrundgespräche.

Zuletzt setzen sich die FDP dafür ein, die Statue von John F. Kennedy, die vor der Hochkreuzklinik ein Schattendasein fristet, in ein würdigeres und mehr Aufmerksamkeit erzielendes Umfeld im Bereich der Amerikanischen Siedlung Plittersdorf, wie zum Beispiel in die Nähe der Stimson Memorial Chapel umzusetzen. Dies soll nach Möglichkeit ebenfalls passend zum Jubiläum der Siedlung in Plittersdorf geschehen.

Vorbildfunktion Widerstand: Zeichen setzen für Mitmenschlichkeit und Zivilcourage

In einem interfraktionellen Antrag setzen sich Freie Demokraten und SPD ein für eine Umwidmung des Moltkeplatzes auf Helmuth James Graf von Moltke sowie seine Gattin Freya aus der in Bad Godesberg bekannten Kölner Bankiersfamilie Deichmann. Beide waren führende Köpfe der Widerstandsgruppe Kreisauer Kreis. Die postalische Anschrift des Moltkeplatzes soll von der Maßnahme nicht berührt werden.

Als führende Köpfe des „Kreisauer Kreises“ setzten Sie sich mit ihren Mitstreitern unerschrocken für die Würde des Menschen als Grundlage einer neuen Rechtsordnung ein, so, wie sie später in Artikel 1 des Grundgesetzes verankert werden sollte, und sie hatten Vorstellungen zu einem Europa nach dem Kriege, die in der deutschen Nachkriegspolitik inspirierend weitergewirkt haben.

Die Leistung des Kreisauer Kreises und anderer Widerstandsgruppen kann nicht hoch genug eingeschätzt werden, denn erst sie zeigten, dass es in Deutschland noch einen Funken Hoffnung gab, denn erst sie bildeten die Brücke, über die sich Deutschland nach dem Zusammenbruch der Nazidiktatur als vollwertiges Mitglied in die Staatengemeinschaft reintegrieren konnte.

In Zeiten zunehmender extremistischer Strömungen, von Shitstorms und Hassbekundungen, von Respektlosigkeiten und Verrohung der Gesellschaft ist die Botschaft, die Helmuth James Graf von Moltke und seine Frau Freya und alle übrigen Menschen des Widerstands hinterlassen haben, nämlich sich für die Menschenwürde einzusetzen, hierfür auch Zivilcourage an den Tag zu legen, von ungebrochener Aktualität. Die von Moltkes gehören daher in die Mitte unserer Gesellschaft, dorthin, wo ihre Vorbildfunktion möglichst vielen Menschen, auch der Jugend, bewusst wird. Der Moltkeplatz ist dafür der ideale Ort.

Derzeit sind Moltkestraße und Moltkeplatz benannt nach Generalfeldmarschall Helmuth von Moltke, dem Militärstrategen des deutsch-französischen Kriegs von 1870/71 und Urgroßonkel Helmuth James Graf von Moltkes.

Anlässlich der Verlegung eines Stolperstein für den Bad Godesberger Lehrer und Widerstandskämpfer Joseph Roth bekräftigen wir unsere Forderung, den Moltkeplatz umzuwidmen auf Helmuth James Graf von Moltke, um an prominenter Stelle im Stadtgebiet an die Zivilcourage dieser Widerständler in Ihrem Einsatz für die Menschlichkeit und darum an ihre Vorbildfunktion zu erinnern.

Derzeit prüft die Stadtverwaltung, allerdings ergebnisoffen, auch andere Plätze, weil CDU und Grüne auch bei diesem Thema verzagt reagierten und sich zu keiner direkten Befürwortung durchringen konnten. Wir halten das für einen unwürdigen Umgang mit Helmuth James Graf von Moltke und seiner Frau.

Mobilität

Grundsätzliches

Der Vorstand hat eine Sitzung dem Thema Mobilität gewidmet, verschiedene Blickwinkel sowie die künftige inhaltliche Position der FDP Bad Godesberg diskutiert. Dabei wurde deutlich, dass die FDP Bad Godesberg eine klimaorientierte Mobilität zu einem ihrer Schwerpunkte machen wird. Auch wurde die neuen Verkehrsinvestitionen der Stadt Bonn aus zwei Förderprogrammen des Landes NRW und des Bundes vorgestellt und diskutiert, was dies in den nächsten 5 Jahren für Bad Godesberg bedeutet. Die Mehrwerte für Bad Godesberg scheinen nicht eindeutig oder nur geringfügig. Die FDP Bad Godesberg will sich daher verstärkt dafür einsetzen, dass in den städtischen Gesamtplanungen zur Mobilität 2030 die Belange Bad Godesberg stärker berücksichtigt werden, wie z.B. Umsteige-Hubs oder E-Ladestationen, durchgehende Radwege und Schnellbuslinien.

Bad Godesberg fit machen für E-Mobilität

An Ladesäulen im Stadtbezirk soll Ladestrom mit Roamingkarten bezogen werden können. Das Stromnetz bedarf der Ertüchtigung. Gleich zwei Anfragen weisen auf zu behebbende Defizite in Bezug auf die E-Mobilität hin. Derzeit ist an den Ladesäulen der SWB der Bezug von Ladestrom nur per Handy-App möglich. Da die Ladesäulen in der Regel keine Überdachung aufweisen, setzt diese Art des Bezahlens die Nutzer unnötig Wind und Wetter aus. Man denke dabei auch an behinderte oder ältere Mitbürger, die gerne mobil sein wollen aber mit dem Smartphone nicht so gut zurechtkommen. Diesen werden so unnötige Hürden errichtet. Zudem werden gerade im Beethovenjahr viele Touristen aus den Nachbarländern kommen, die hier an der Ladesäule erst einmal vor Hindernisse gestellt werden (App herunterladen, Nutzerkonto anlegen). Hier ist schleunig Abhilfe zu schaffen, indem die Ladesäulen für die Nutzung von Roamingkarten ertüchtigt werden. Roamingkarten auf der Grundlage der RFID-Chip-Technologie sind eine einfache und funktionale Lösung, die im europäischen Ausland bereits weitgehend im Einsatz ist.

Des Weiteren mehren sich Aussagen, das Stromnetz könne mit einem raschen Anstieg der E-Mobilität, insbesondere mit der Bündelung von Schellladevorgängen abends und in der Nacht, technisch überfordert sein. Dies wollen wir unser weiteren Anfrage klären. Insbesondere wird Auskunft erbeten, welche Ertüchtigungsmaßnahmen für das Stromnetz erforderlich und umsetzungsreif geplant sind, wann diese umgesetzt werden, zu welchen Kosten und wie Netzbetreiber ggf. finanziell durch Land und Bund entlastet werden.

„Radschnellroute“ in der Rheinaue: Wir drängen weiter auf eine Umplanung

Erneut fordern wir die Verwaltung mittels einer Großen Anfrage auf, die Sinnhaftigkeit ihrer Planung zu überdenken. Unsere Parteifreunde aus der BV Bonn stellen übrigens diese Anfrage inhaltlich abgestimmt zeitgleich. So wollen wir den Druck auf die Verwaltung erhöhen. Dabei spielt uns die aktuelle Klimadebatte zusätzlich Argumente in die Hände, denn für die von der Verwaltung geplante Trasse müssten in erheblicher Zahl Bäume gefällt werden. Diese Fällungen sind jedoch entbehrlich, wenn die Verwaltung einfach unserem Vorschlag folgen würde und bestehende breite Wege auf dem hochwassergeschützten Hochufer eindeutig dem Radverkehr widmen würde. Zudem könnte so auf Flächenversiegelung in der Größe eines Fußballfeldes verzichtet werden.

Anbindung von Schweinheim für den Fahrradverkehr

Auf unseren Antrag prüft die Verwaltung die Umsetzbarkeit und ermittelt die Kosten für einen fahrradgerechte Erweiterung inklusive Beleuchtung des Fußwegs zwischen den Straßen „Am Burgfriedhof“ Ecke „Burgblick“ und „Promenadenweg“ sowie dessen Aufnahme nach Ausbau in die städtische Streu- und Schneesäumspflicht. Schon immer wird dieser Weg von Fahrradverkehr von und nach Schweinheim genutzt, bisher allerdings so, dass die

Treppenanlagen durch eine wilde Spur seitlich umfahren werden. Die Sinnhaftigkeit des Weges auch für Radfahrer von und nach Schweinheim liegt auf der Hand, da hierüber Teile der viel befahrenen und engen Winterstraße sowie der ebenfalls vielbefahrenen Burgstraße auf dem Weg in den Bad Godesberger Norden, Nordosten bzw. den Bonner Süden umfahren werden können und sich hierdurch zudem eine signifikante Abkürzung ergibt.

Die fortschreitende Fahrradtechnologie mit elektromotorischer Unterstützung erleichtert mittlerweile die Bewältigung des relativ steilen Hanges, so dass dieser endlich ordnungsgemäß für den Fahrradverkehr erschlossen werden sollte.

Promenadenweg fahrradgerecht bis zur Ännchenstraße ausbauen

Mit einem weiteren Prüfauftrag wollen wir feststellen lassen, wie ein bislang wassergebunden ausgeführtes Teilstück des Promenadenwegs fahrradgerechte und inklusive Beleuchtung ausgebaut werden kann. Der betroffene Wegeabschnitt ist das letzte verbliebende unasphaltierte Teilstück einer ansonsten durchgängig verfügbaren sowie relativ autoverkehrsarmen Wegeverbindung zwischen den Bad Godesberger Ortsteilen Friesdorf und Bad Godesberg Mitte. Die Sinnhaftigkeit des Weges für Radfahrer liegt auf der Hand, da hierüber die stark und durch gewerblichen LKW-Verkehr befahrene „Friesdorfer Straße“ parallel umfahren werden kann.

Bussituation Schweinheim

Was die Bussituation seit dem Fahrplanwechsel 2019/2020 angeht, wurde Schweinheim deutlich schlechter gestellt. Für das Gros der dort leben Bevölkerung, Berufstätigen und Schüler ergab sich eine Verschlechterung des Bustaktes auf 30 Minuten. Hinzu kamen viele Ausfälle. Aus diesem Grund hat sich eine sehr rege Bürgerinitiative gegründet. Schüler beklagen insbesondere nach der Schule eine schlechte Erreichbarkeit Schweinheims bzw. lange Wartezeiten in der Stadtmitte, Verstärkerfahrten wurden bislang nicht realisiert, der aus dem auslaufenden G8 induzierte Schülerverkehr am Samstag fällt häufig aus und auch Verspätungen auf dem Weg zur Schule, weil Umsteigeverbindungen nicht erreicht werden, stoßen bei Schulen auf immer weniger Akzeptanz.

Wegen der gespaltenen Buslinien sind selbst familiäre Besuche innerhalb Schweinheims - wir denken insbesondere an ältere Mitbürger und Rollatorfahrer, die auf den Bus angewiesen sind - nur über einen Umstieg in der Stadtmitte möglich. Wir diskutieren gerade mit der Bürgerinitiative einen von uns entwickelten alternativen Busfahrplan, der Schweinheim den 20-Minuten-Takt zurückbringen und auch das Problem der Fortbewegung innerhalb des Ortsteils beheben kann.

Sicherheit für Senioren: Interfraktionelle Anfrage zu Verhinderung von Trickbetrug

Die Idee zu der Anfrage entstand im Rahmen des Arbeitskreises GoRespekt, der 2002 ursprünglich zum Thema Gewaltprävention bei Jugendlichen gegründet wurde. An den bis zu sechs Arbeitskreissitzungen pro Jahr nehmen Mitarbeiter von Jugendhilfeeinrichtungen in Bad Godesberg, Jugendrichter, der Leiter der Bad Godesberger Polizeiwache sowie Vertreter der Politik teil. Ziel des Arbeitskreises ist die engmaschige Vernetzung aller Akteure. Bei der letzten Sitzung wurde vom Leiter der Polizeiwache eine verstärkte Aktivität von Einzeltrick-Betrüger berichtet.

Mit der Anfrage wollen wir ergründen, welche Möglichkeiten die Verwaltung sieht, mit Polizei und Banken im Rahmen einer Ordnungspartnerschaft zusammenzuarbeiten, um ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger vor Trickbetrügern, wie zum Beispiel beim sog. Einzeltrick, zu warnen. Wäre beispielsweise eine Meldekette vorstellbar, wonach die Polizei bei ansteigenden Fallzahlen Banken und die Stadtverwaltung informiert und die Stadtverwaltung ihrerseits per Bürgerbrief betroffene Kreise der Bevölkerung, ggf. ab einer bestimmten Altersschwelle? Wäre es weiterhin vorstellbar, dass im Rahmen der Ordnungspartnerschaft auf Zuruf der Polizei Banken entsprechende Informationstexte in den Kontoauszugdrucker und die Geldautomaten einstellen, um die Bevölkerung situativ zu warnen? Gibt es Kooperationen zur Prävention mit Institutionen, wie den Seniorenbegegnungsstätten und der Polizei? Falls ja, welche? Auf die Antworten sind wir gespannt.

Rahmenplanung Bundesviertel

Auch wenn der Rahmenplan nur ein informelles städtebauliches Abwägungsinstrument der Bauplanung ist und kein Entwicklungsziel oder gar eine Entwicklungsmaßnahme darstellt, so sind allein schon die verkehrlichen Auswirkungen bei der Realisierung von Einzelmaßnahmen so erheblich, dass diese Fragen von Anfang an berücksichtigt werden müssen. Der Fraktionsarbeitskreis Planung hat darum mit unserer Mitarbeit folgendes Positionspapier erarbeitet.

Rahmenplanung Bundesviertel Bonn

Position der FDP Bonn

Grundsätzlich begrüßens- und verfolgenswert, aber hinsichtlich der nicht vorhandenen Verkehrsinfrastruktur derzeit unrealistisch

Die FDP Bonn begrüßt die Rahmenplanung für das Bundesviertel ganz grundsätzlich als Entwurf dessen, was mit den zur Verfügung stehenden Flächen für die zukünftige Entwicklung von Stadt und Region machbar ist. Die Rahmenplanung zielt in Struktur und Tiefe nicht auf eine umsetzungsreife Planung und hat deshalb auch keinen Satzungscharakter. Die Umsetzung kann erst im Zuge eines öffentlichen, politischen und fachlichen Diskurses erfolgen, der nun zu beginnen hat.

Für die FDP steht aktuell nicht die „Ästhetik des Entwurfs“ im Vordergrund, sondern die aus der Rahmenplanung hervorgehenden Kennziffern zur quantitativen Entwicklung von Büroarbeitsplätzen und Einwohnerzahlen:

- zusätzlich 16.400 Büroarbeitsplätze (von jetzt 45.000 auf 61.400) und
- zusätzlich 7.000 Einwohner (von jetzt 4.000 auf 11.000).

Was allerdings in der Rahmenplanung nicht berücksichtigt ist, sind alle infrastrukturellen Fragen, insbesondere die nach den Auswirkungen eines solchen Zuwachses an dieser Stelle im Hinblick auf den Verkehr in der gesamten Stadt und dem Rhein-Sieg-Kreis.

Eine erste verkehrliche Bewertung der Planung kommt – eher zwischen den Zeilen - zur ernüchternden Schlussfolgerung, dass die vorhandenen Kapazitäten an Verkehrsflächen, ÖPNV und SPNV Angeboten nicht ausreichen, um die zusätzlichen Anforderungen zu erfüllen; denn durch die Ausweitungen im Bundesviertel werden bei unverändertem Mobilitätsverhalten im Prognosejahr 2030 zusätzliche 60.000 PKW Fahrten im und um das Bundesviertel ausgelöst. Alleine davon entfallen ca. 21.000 zusätzliche Fahrten auf der Südbrücke durch den Einpendlerverkehr. Wie aber soll sich das Mobilitätsverhalten verändern, wenn es dafür keine entsprechenden Angebote gibt?

Deshalb fordert die FDP – auch vor dem Hintergrund täglicher Verkehrsinfarkte in und um Bonn – unverzüglich mit einer umfassenden und mutigen Weiterentwicklung der Verkehrsplanung in und um Bonn zu beginnen und das, was an Maßnahmen heute schon entschieden ist, jetzt mit höchster Priorität umzusetzen. Denn es macht nur Sinn, in konkrete Bebauungsplanungen für das Bundesviertel einzusteigen, wenn die Verkehrsinfrastruktur leistungsfähiger gestaltet wird.

Die groben Linien einer solchen Verkehrsplanung heißen:

- Bau von niveaufreien Bahnquerungen (prioritär an der Dottendorfer Straße/Ollenhauerstraße)
- der ÖPNV ist deutlich auszubauen (zuverlässig, sicher und bequem) und zwar nicht nur in der Stadt, sondern auch im Rhein-Sieg-Kreis
- Langfristig: Ausbau der linksrheinischen Bahnstrecke mit dem damit verbundenen S-Bahn-Konzept
- Elektrifizierung der S23 mit Taktverdichtung und Durchbindung bis Mehlem
- Schaffung einer Direktverbindung der Stadtbahn von Bad Godesberg nach Beuel
- Planung für eine Ost-West-Verbindung im Stadtbahnnetz (z.B. neue West-Bahn)
- Schaffen von Umsteigemöglichkeiten insbesondere schon außerhalb der Stadt, heißt also im Rhein-Sieg-Kreis (Regio-Hubs)
- Stärkung der Fahrradnutzung auch in Kombination mit der Nutzung von ÖPNV
- Verbesserung des Verkehrsflusses auf den städtischen Achsen (Nord/Süd), u.a. durch eine überdeckelte oder zumindest kreuzungsfreie Reuterstraße, wodurch die regelmäßige Behinderung von Straßenbahn und Bus an den Einmündungen Hausdorffstraße und Bonner Talweg sich erübrigt,
- Ost/West Untertunnelung der Oxfordstraße/ Berta-von-Suttner-Platz Rheinunterquerung nach Beuel oder alternativ eine unterirdische Süd-Nord-Querung zwischen Sandkaule und Belderberg

- Nutzen alternativer Verkehrsträger durch schnellstmögliches Voranbringen der Seilbahn auf den Venusberg und Einrichtung von Personenlinienverkehr auf dem Rhein
- Verringerung des PKW-Verkehrs in der Stadt durch die vorgenannten Maßnahmen
- Belastung von Wohngebieten durch den Verkehr in Richtung Bundesviertel entgegenwirken, z.B. mittels Durchsetzen von bevorrechtigten Anwohnerparken in der Gronau und Kappung des Autobahnersatzweges über Bonner Talweg, Baumschulallee und Wittelsbacherring.

Die Verkehrsplanung erfordert ein gemeinsames Vorgehen mit dem Rhein-Sieg-Kreis und den betroffenen Gemeinden. Allein die Anzahl notwendig werdender Park&Ride Plätze für mindestens 6.000 PKW lässt sich auf Bonner Stadtgebiet kaum realisieren. Und eine Verbesserung von Kapazitäten und der Taktung im ÖPNV auf den Ost-West Relationen lässt sich nur gemeinsam mit dem Rhein-Sieg-Kreis realisieren.

Eine verkehrliche Potentialanalyse gem. Mitteilungsvorlage ist in Auftrag zu geben, damit bei einer sukzessiven Umsetzung der verschiedenen Maßnahmen der Rahmenplanung diese besser priorisiert werden können sowie eine Entscheidungshilfe für die Bewertung zukünftiger Bauprojekte/Bauleitplanverfahren im Untersuchungsraum vorliegen.

Platz vor dem Haus an der Redoute als Platz der internationalen Beziehungen

Der Platz vor dem Haus an der Redoute ist ohne Funktion. Wir würden den Platz gerne sinnstiftend nutzen, um dort auf die vielfältigen internationalen Freundschaften des Stadtbezirks sowie seiner Vergangenheit als Diplomatenstadt hinzuweisen, u.a. mit der Aufstellung einer Stele mit Erläuterungstext zu jeder Städtepartnerschaft, einer Stele mit summarischer Darstellung der Vergangenheit als Diplomatenstadt sowie der Errichtung/Ergänzung einer entsprechen Zahl von Fahnenmasten sowie permanente Beflaggung mit den Fahnen der Partnerstädte, der Bonner Stadtflagge, der Bad Godesberger Stadtflagge, der EU-Flagge sowie der Flagge der Vereinten Nationen.

Bad Godesberg war während der Bonner Republik Heimat für diplomatisches Personal aller Herren Länder sowie deren Angehöriger. Eine Fortsetzung findet heute statt mit Mitarbeitern der UN und deren Familien. Nach dem zweiten Weltkrieg fand auf Basis der Städtepartnerschaften sowie des politischen Europas eine intensive internationale Verständigung statt, die zum Sockel einer mittlerweile über siebzigjährigen Friedensphase geworden ist. An beides soll erinnert werden und gleichzeitig hiervon die Inspiration ausgehen, im Bemühen um internationale Verständigung nicht nachzulassen.

Die Verwaltung wird unsere Vorschlag in den Maßnahmenplan aus dem Leitbildprozess aufnehmen.

Er ist wieder da: Der Liberale Stammtisch

Seit November 2019 gibt es wieder einen informellen Treff für unsere Mitglieder in Bad Godesberg - und natürlich Interessierte, die unsere Partei einmal kennenlernen wollen. Bernd Fesel und Michael to Vinh haben die Organisation und Initiative übernommen.

Wir können bereits auf drei Treffen zurückschauen mit insgesamt mehr als 40 TeilnehmerInnen. Besonders haben wir uns über das Interesse der Jugend und der Julis gefreut. Ein Höhepunkt war die Teilnahme von Jürgen Endemann, unseren früheren Ortsvorsitzenden. 1979 bis 1994 war er Bürgermeister in Bonn, 1976 bis 1984 Mitglied der Landschaftsversammlung Rheinland.

Eine allerletzte Bitte

Falls Sie nach der Lektüre des Fortschrittsberichts der Meinung sind, dass wir gute Arbeit leisten, dann würden wir uns über Ihre Unterstützung in Form einer Geldspende freuen. Diese Mittel werden nur für Sachkosten eingesetzt, die der FDP Bad Godesberg im Zusammenhang mit dem Kommunalwahlkampf 2020 entstehen. Bitte nutzen Sie hierzu das unten angegebene Konto mit dem Verwendungszweck „Kommunalwahl FDP Bad Godesberg“.

Lob oder Kritik bitte an vorstand@fdp-bad-godesberg.de